

# Wackernheim will Zeit für Verhandlung mit Ingelheim

### Fusion Stellungnahme des Gemeinderates verabschiedet

Von unserem Mitarbeiter Guido Steinacker

■ **Wackernheim.** Jetzt hängt alles am Innenministerium. „Wir wollen Zeit. Entweder sie geben sie uns, oder nicht“, umschrieb FWG-Fraktionschefin Susanne Degen die Haltung der großen Mehrheit im Wackernheimer Gemeinderat zur aktuellen Diskussion um die kommunale Zugehörigkeit des Dorfes. Denn der Rat entschied sich am Donnerstagabend wie abzusehen zwar dafür, die von der Landesregierung angeforderte Stellungnahme zum Gesetzentwurf abzugeben, der die Fusion zwischen Budenheim und der VG Heidesheim vorsieht. Dennoch ist die Haupt-Zielrichtung des Rates derzeit, definitive Entscheidungen des Landes, sprich den Fortgang des Gesetzentwurfes, zu bremsen. Das von Ortsbürgermeisterin Sybille Vogt (FWG) vorgelegte Papier, das der Rat gegen die Stimmen der SPD verabschiedete, endet daher mit der Bitte, „den Gesetzentwurf bis 2019 zurückzustellen“.

Das Innenministerium wird sich nicht lange Zeit mit seiner Antwort lassen. Denn sollte das Land die Aufschiebung der Fusion nicht zu-

lassen wollen, muss diese endgültige Entscheidung für den im Gesetz vorgesehenen Weg schnell erfolgen. Schließlich müssten dann die Gremien der neuen Verbandsgemeinde bei der Kommunalwahl 2014 mitgewählt werden.

Die von FWG, CDU und Grüne (die Bürgerliste war in der Sitzung nicht vertreten) unterstützte Argumentation in der Stellungnahme lautet, dass Wackernheim ein Dorf mit funktionierender, lebendiger Dorfgemeinschaft mit viel ehrenamtlichem Engagement der Bürger

**„Als Land wüsste ich nicht, was die Gemeinde jetzt eigentlich will.“**

SPD-Fraktionschef Joachim Beck über die Stellungnahme der Gemeinde Wackernheim zur vom Land geplanten Fusion der VG Heidesheim mit Budenheim.

sei. Auch die finanzielle Situation entspanne sich, heißt es. Dies hatte der Rat zuvor bei dem Haushaltsabschluss 2012 und den aktuellen Zahlen für 2013 registrieren dürfen, die statt der erwarteten Defizite jeweils einen Überschuss aufweisen.

Die SPD hatte mit ihrem vorgeschlagenen Weg einer Bürgerbefragung zur Eingemeindung nach Ingelheim einen schweren Stand. Nicht nur, will die Mehrheit lieber den Weg einer Arbeitsgruppe mit

Bürgereinbindung gehen will. Für diesen Weg und die auch von der Mehrheit gewollten Verhandlungen mit Ingelheim braucht es den zeitlichen Aufschub, den die Stellungnahme erbittet.

Die SPD-Vorstellung, die Wackernheimer parallel zur Bundestagswahl am 22. September ein Votum zur Eingemeindung nach Ingelheim abgeben zu lassen, funktioniert schon wegen der zeitlichen Abläufe nicht, verdeutlichte VG-Bürgermeister Joachim Borrmann (SPD). Mindestens drei Monate Vorbereitungszeit wären hier nötig. Der schnellste Weg ein Bürgergutachten einzuholen wäre laut Verwaltung ein Briefwahlverfahren wie in Budenheim. Aber auch dieses Verfahren bräuhete sechs Wochen, „drei Wochen Antwortzeit müssen wir den Bürgern zugestehen“, betonte Borrmann.

Die SPD wäre auch damit einverstanden. Nicht aber mit der Stellungnahme, die die Mehrheit verabschiedete. „Als Land wüsste ich nicht, was die Gemeinde jetzt eigentlich will“, kritisierte Fraktionschef Joachim Beck. Er sieht im Gemeinderat ein „seltsames Bündnis gegen die SPD-Fraktion“, setze zum Rundumschlag gegen die anderen Fraktionen ein und bezweifelte die neutrale Amtsführung der Bürgermeisterin. Herbert Kramp (FWG) reagierte betroffen auf die Angriffe, besonders auf Vogt: „Das ist unterste Schublade.“

## Landkreis zahlt für den Schulbus

### Regelung Eltern müssen Antrag auf Kostenübernahme stellen

■ **Mainz-Bingen.** Zu Beginn des Schuljahres gibt es wie in jedem Jahr viele Fragen hinsichtlich der Übernahme der Schülerfahrtkos-

ten. Die Kosten für den Schulbus müssen bei den Entfernungen ein Schnitt gemacht werden – hier geht es um den Grundsatz der Gleichbehandlung aller Eltern und

spielsweise für Eltern mit einem Kind bei einem Jahresverdienst von 26 500 Euro brutto. Liegen Eltern unter der Einkommensgrenze,